

## Mitarbeiter wollen keine Krankenhaus-GmbH

**Das Personal wehrt sich mit Protestaktionen gegen einen Tarifausstieg. Es fordert von der Stadt, die Defizite auszugleichen.**

Der Eigenbetrieb soll erhalten bleiben, fordert Dorit Wallenburger. Sie ist Sozialarbeiterin im Krankenhaus Dresden-Neustadt und Vorsitzende der Verdi-Betriebsgruppe. Eine GmbH-Gründung ermögliche die Abkehr vom Tariflohn. Jetzige Gehälter würden „eingefroren“ und von zukünftigen Tarifsteigerungen abgekoppelt. Für neue Mitarbeiter oder bei Vertragsänderungen würden neue Bedingungen gelten. „Das ist eine Missachtung der Arbeitsleistung der Schwestern, Pfleger und anderen Beschäftigten in den Krankenhäusern“, sagt sie. Die Gewerkschaft plane Postkarten- und Protestaktionen. Sie hoffe, dass sich die Stadträte zu den Krankenhäusern bekennen und die Stadt die Defizite ausgleicht. Lange Zeit hätten die Kliniken Überschüsse an die Stadt abführen müssen.

Durch die DRGs, die Fallpauschalen, seien die Patienten immer kürzer in den Kliniken, aber die Fallzahl steige von Jahr zu Jahr. „Wir arbeiten immer mehr und schneller, übernehmen mehr Tätigkeiten und springen ständig ein, wenn auf den viel zu knapp besetzten Stationen jemand krank wird“, sagt Wallenburger. Die Folgen des Tarifausstiegs seien am Beispiel des Uniklinikums Dresden zu spüren. Bei gleicher Arbeit gab es bei den Gehältern der Schwestern bis zu 500Euro Unterschied. Selbst der nach langen Kämpfen errungene Haustarif liege noch deutlich unter dem Tarif des öffentlichen Dienstes, der in den beiden städtischen Krankenhäusern gilt.

Die Gewerkschafterin sieht in dem Tarifausstieg auch ein bundesweites Politikum. Die Fallpauschalen werden mit den Kassenärztlichen Vereinigungen ausgehandelt. 70 Prozent der Kosten eines Krankenhauses sind Personalkosten. Es sei das einfachste Mittel, diese immer weiter zu drücken und dann als Maßstab für neue Verhandlungen zu nehmen. Mit Dumpinglöhnen bekomme man keine erstklassige Behandlung. (SZ/kle)